



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/162 - 19. Juli 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-38
Fernschreiber 0886890

Atome ganz privat	S. 1
"Algerisches Fieber"	S. 2
Bund - Länder und Wissenschaft	S. 3
"Körperliche Arbeit" für die Prominenz	S. 5
"Politische Verantwortung" - ein neues Informationstblatt	S. 6
Adenauers Reden und ihr Echo	S. 8
Von Irren für Irre geschrieben	S. 9

Geld und Macht

sp - Die Bundesregierung will - nach Informationen aus Regierungskreisen - bis zum Jahre 1967 insgesamt 8 Versuchsatomkraftwerke bauen lassen. Die Kosten sollen etwa 3 Milliarden DM betragen. Hierbei sind noch nicht die Ausgaben für Forschungsarbeiten einkalkuliert. Von diesen drei Milliarden DM will die Bundesregierung etwas mehr als die Hälfte aufbringen oder finanzieren. Der Rest soll von der Privatindustrie aufgebracht werden.

Die Bundesregierung ist jedoch entschlossen, die gesamte Atomwirtschaft in privater Hand zu belassen. Demnach ist sie also auch bereit, 1,5 bis 2 Mrd. DM Steuergelder der privaten Wirtschaft auszuhändigen. Die Folge davon ist, dass nicht nur rein kapitalmässig, sondern auch wirtschaftspolitisch - in den acht Atomkraftwerken sollen zunächst rd. 2 Milliarden Watt Strom erzeugt werden - den Empfängern der Steuergelder bewusst eine Schlüsselstellung für die gesamte deutsche Energieerzeugung eingeräumt wird. Was das politisch unter Umständen bedeuten kann, dürfte sogar ein Laie begreifen.

In "kapitalistischen" Amerika steht die Erzeugung der Atomenergie unter Staatskontrolle. Die Amerikaner haben sicher gewusst, warum sie die entsprechenden Gesetze dafür einführten.

Dass bei uns in Deutschland jedoch die Atomkraftenerzeugung unkontrollierbaren Kapitalgesellschaften, die keinerlei öffentliche Verantwortung tragen, überlassen werden soll, ist bezeichnend für die einseitig orientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik der jetzigen Bundesregierung.

* * *

Frankreichs grosse Krise

F.D. - Paris

Ganz gleich, wie die Vertrauensabstimmung in der französischen Nationalversammlung über die Sondervollmachten für die Verfolgung von Algeriern in Frankreich ausgehen mag, das "Algerische Fieber" bleibt. 600 000 französische Soldaten und Fremdenlegionäre bekämpfen den Aufstand in Algerien. Ein Terrorakt jagt den anderen; nicht nur in Algerien, sondern auch in Frankreich selbst. Es scheint aber so, dass die Mehrheit der französischen Nationalversammlung es satt hat, immer neue Verträge der Regierung auf die "baldige Beilegung" des algerischen Aufstandes widerstandslos entgegenzunehmen.

Die Regierungsvorlage zur Bekämpfung der Terrorakte, die Forderung nach Einrichtung von Konzentrationslagern und eine ganze Reihe von Bestimmungen, die den normalen Rechtszustand in Frankreich erheblich durchlöchern sollten, wurden niedergestimmt. Zum ersten Mal seit langer Zeit bildete sich in der Nationalversammlung eine Mehrheit aus Kommunisten, Volksrepublikanern (entspricht der CDU in der Bundesrepublik), Sozialisten und Unabhängigen. Der kommunistische Antrag, die Einrichtung von Konzentrationslagern in Frankreich abzulehnen, wurde mit 277 gegen 256 Stimmen angenommen.

Einsichtige Kreise in Paris sind sich darüber klar, dass selbst die Erteilung von Sondervollmachten zur Bekämpfung des Terrors in keiner Weise eine Lösung des Algerienproblems darstellt. Dazu kommt die jetzt offen zugegebene Gefahr der Inflation und starke soziale Erschütterungen, die infolge der ständig steigenden Preise immer sichtbarer werden. Der Bankenstreik hat sich ausgedehnt und Streiks in anderen Wirtschaftszweigen sind bereits angekündigt. Hierbei ist bemerkenswert, dass sich in den meisten Fällen eine Einheitsfront der von der KP gelenkten Gewerkschaft, den freien und den christlichen Gewerkschaften gebildet hat.

Es dürfte schwer fallen, die innenpolitische und wirtschaftspolitische Entwicklung Frankreichs von der ungeheuren Belastung zu trennen, die der Krieg in Algerien mit sich bringt. Zutiefst erschüttert stellen das gebende Persönlichkeiten in allen demokratischen Parteien übereinstimmend fest, dass das eine ohne das andere Problem nicht mehr zu lösen ist. Verschiedentlich wird sogar jetzt schon von einer "Staatskrise" gesprochen, deren Überwindung mit dem altgewohnten Mittel des Regierungswechsels nicht mehr möglich erscheint.

"Wissenschaftsrat" muss warten

s. Bund und Länder haben sich nun doch nicht auf Antrieb über die Vollmachten und die Arbeitsweise des geplanten Deutschen Wissenschaftsrates einigen können. Die Unterzeichnung des entsprechenden Verwaltungsabkommens, die am Donnerstag in Bonn stattfinden sollte, wurde verschoben, vorerst auf unbestimmte Zeit.

Was steckt dahinter? Zunächst eine Meinungsverschiedenheit darüber, wo der Wissenschaftsrat sein Büro einrichten soll. Die Länder haben vorgeschlagen, dieses Büro in die hessische Staatskanzlei nach Wiesbaden zu legen, weil dort bereits die bisherigen Ländervereinbarungen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit, u.a. über die Betreuung der Max-Planck-Gesellschaft, federführend bearbeitet werden. Hiergegen haben die Vertreter der Bundesregierung und die Wissenschaftler in den Verhandlungen Widerspruch erhoben. Sie wünschen, dass der Wissenschaftsrat sich unabhängig von der Kulturbürokratie der Länder einrichte, auch wenn dies dazu führen sollte, dass hier ein "neuer Apparat" mit vielleicht 20 Personen eingerichtet werden müsste. Außerdem waren die Vertreter der Bundesregierung und der Wissenschaft der Meinung, dass sich der Wissenschaftsrat möglichst in Bonn oder in der Bonner Umgebung niederlassen sollte, damit der Kontakt zu den Bonner Stellen: Bundesinnenministerium, Kultusministerkonferenz, Rektorenkonferenz, Forschungsgemeinschaft, Verband Deutscher Studentenschaften unmittelbar hergestellt werden könne.

Über diese Auseinandersetzung hätten die Verhandlungen aber nicht hinausgeschoben zu werden brauchen. Wichtiger ist die Meinungsverschiedenheit zwischen Bund und Ländern über die Frage, ob die Forschungsmittel, die der Bund den Ländern künftig übergeben wird, nur jeweils für bestimmte Forschungsvorhaben oder aber für die Wissenschaftsförderung im allgemeinen verwendet werden sollten. Hier drohen die verschiedenen Tendenzen auseinanderzustreben, die solange überbrückt wurden, als es nur darum ging, ein Sachverständigenremium zu bilden.

Der Bund betrachtet den Wissenschaftsrat ganz offensichtlich als eine erwünschte Möglichkeit, weitgehenden Einblick in die Kulturver-

waltung der Länder zu bekommen. Daher traten die Vertreter der Bundesregierung dafür ein, die Bundesmittel für die Wissenschaftsförderung möglichst breit auf alle Zweige der Wissenschaft und selbst auf die mehr verwaltungsmässigen Wissenschaftsförderungs-Aufgaben zu verteilen. Dafür wollte der Bund das Recht für sich haben, die Verwendung der Mittel bis ins Einzelne zu kontrollieren. Dies hätte die Länder zu einer völligen Offenlegung ihrer Kulturretats gegenüber dem Bund gezwungen. Hier wollen die Länder nicht mittun. Sie schlagen vor, dass der Bund sein Geld jeweils für besondere Schwerpunktprogramme hergibt, und dass die Kontrolle der Bundesinstanzen sich auf die Verwendung der Mittel in diesen Schwerpunktprogrammen beschränkt.

Was bisher bei den Verhandlungen über den Wissenschaftsrat sorgfältig vermieden wurde - Probleme aufzuwerfen, die die Kulturautonomie der Länder hart berühren und die die Gegensätze zwischen den Kulturföderalisten und den mehr zentralistischen Tendenzen mobilisieren - ist nun geschehen. Es war von Anfang an klar, dass Bund und Länder mit verschiedenen Zielen in die Verhandlungen über den Wissenschaftsrat eintraten. Der Bund wollte auf diese Weise einen wichtigen Zweig der Kulturverwaltung, die Wissenschaftsförderung, mehr als bisher beobachten und beeinflussen können. Die Länder dagegen stimmten der Errichtung des Wissenschaftsrates vor allem zu, weil sie hofften, zusammen mit der Autorität des Wissenschaftsrates leichter als auf sich allein gestellt die jährliche Milliarde aus dem Bundeshaushalt loszueisen, die für die Durchführung des 8,14-Mrd.-DM-Programmes der Länderministerpräsidenten notwendig ist.

Eine Einigung wird vermutlich zustandekommen, weil den Wissenschaftlern an einem Ausgleich der aufgetretenen Spannungen liegt und sich die Länder nicht leisten können, den Schwarzen Peter für das Nicht-Zustandekommen des Wissenschaftsrates in der Hand zu behalten. Allerdings haben die Wissenschaftler auch noch ein Anliegen an die Länder. Die Wissenschaftler möchten die Bestimmung des geplanten Verwaltungsabkommens abgeändert sehen, mit der der Wissenschaftsrat nach ihrer Meinung allzu fest an die Kette der Länderkultusverwaltungen gelegt wird. Es soll nämlich der Wissenschaftsrat allen Verkehr mit den Hochschulen über die Länderregierungen abwickeln. Dieses Verlangen der Länder wird auch von den Vertretern der Bundesregierung abgelehnt.

Anreiz mit Ministern

K.J. Die Arbeiter der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft "Lichte Zukunft" in Waltersdorf bei Berlin staunten nicht schlecht, als dieser Tage Ministerpräsident Grotewohl nebst Gattin mit hundert Regierungsbeamten auf einem Maisfeld anrückten und dort das Unkraut zu jäten begannen. Zu gleicher Zeit schwitzte Volkammerpräsident Dr. Dieckmann mit 70 seiner Beamten auf einem ostberliner Trümmerstück zwecks Anlegung eines Kinderspielplatzes. Die Arbeiter feixten und meinten, Grotewohl und Dieckmann hätten endlich die richtige Arbeit gefunden. Sie liessen die Prominenz hochleben und freuten sich über das Freibier, das ihnen anschliessend an den harten Arbeitstag von ihren Führern gespendet wurde.

"Jeder eine gute Tat für eine gute Sache!" - unter dieser Devise läuft seit Wochen in der Sowjetzone eine Kampagne mit dem Ziel, die Bürger im Rahmen des "Nationalen Aufbauwerks" für unbezahlte Arbeit auf Bauplätzen und Ackern, beim Entrümmern, bei der Anlage von Sportplätzen, Strassen und Kindergärten zu gewinnen. Die Appelle an die Gutwilligen lassen zu wünschen übrig. Deshalb rückt jetzt die Prominenz an, um den Müden im Land ein gutes Beispiel zu geben. Damit die Sache im "Geist des Leninismus" seinen richtigen Schmiss bekommt, hat das Zentralkomitee der SED auf seiner 32. Tagung sogar für seine Mitglieder körperliche Arbeit "verordnet".

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" meint zu dieser "epochenmachenden Neuerung": "In dieser Methode verkörpert sich eine neue Art des Verbundenseins mit den Massen, eine neue Art zu leiten (nicht zu leiden! D.Red.). In ihr wirkt das lenin'sche Prinzip, die Massen zu lehren, indem man von den Massen lernt". Damit die Prominenz wirklich etwas "lernt" soll sie auf dem Feld und in den Trümmerhaufen mit der "normalen Balagschaft" reden, denn: "Das ständige politische Gespräch an einem Brennpunkt des Aufbaus" sei - so meint "Neues Deutschland" - das wichtigste dabei.

Gerützt hat die Sache bis jetzt nicht viel. Und so wird voraussichtlich das "Verbundesein mit den Massen" auch bald wieder einschlafen. Nicht erstaunlich. Vor Dieckmann und Grotewohl haben schon andere versucht, ihre Beliebtheit bei der Arbeiterschaft aufzumöbeln. Das war in den zwanziger Jahren die Sowjetprominenz und etwas später in Deutschland Hitler, Göring und Goebbels. Sie alle mischten sich nicht lange unter die Massen...

Wider den Gewissenszwang !

F.K. - "Politische Verantwortung" heisst das jüngste Informationsblatt in der Bundesrepublik. Es bringt evangelische Stimmen zu aktuellen Problemen. Sein Erscheinen hat Fragen aufgeworfen. Zwar überwiegt die Zustimmung aus dem angesprochenen Leserkreis. Aber gerade einige besorgte Ausserungen zu ihrem Erscheinen lassen erkennen, dass die "Politische Verantwortung" eine Aufgabe zu erfüllen hat. Kritiken beweisen nämlich, wie stark die heimmungelose Propaganda gegen die Sozialdemokratie schon wieder manche Geister verwirrt. Es ist eine schwere Schuld der CDU/CSU, dass die bösertige Freikorpsparole "Hier Christus - Dort die Roten !" noch immer das Kirchenvolk beunruhigt und in falsche Alternativen drängt.

Diese Parole ist heute wie gestern im Grunde ein Anschlag auf die Demokratie. Man will sich ihren Gesetzen solange nur beugen, wie sie einem nutzen. So geht es nicht. Diese von Dr. Adenauer wieder in den Wahlkampf geworfene Parole muss endlich verschwinden. Schon einmal hat sie Deutschland an den Rand des Verderbens gebracht.

"Politische Verantwortung" wird dazu beitragen, dass künstliche weltanschauliche Frontstellungen überwunden werden. Die Freiheit des Gewissens der evangelischen Christen soll auch an der Wahlurne ungefesselt sein. Das ist der Wille der Herausgeber. Zu ihnen gehören die SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt und Ludwig Metzger, die namhaften Theologieprofessoren D. Hermann Diem (Tübingen), D. Hans-Joachim Iwand (Bonn), Dr. Karl Kupisen (Berlin) und D. Ernst Wolf (Göttingen), Bundesinnenminister a.D. Dr. Dr. Heinemann und Oberkirchenrat Kloppenburg DD.

Das Blatt regt auch zu einem politischen Gespräch mit evangelischen Christen anderer Parteien an. Es ist bezeichnend, dass sich noch kein CDU-Organ zur "Politischen Verantwortung" geäußert hat. Sie ist der Adenauer-Partei nach Ansicht eines der CDU-Vorsitzenden

nahestehenden Mannes "ein Dorn im Fleisch".

Es kann und soll nicht die Absicht der "Politischen Verantwortung" sein, die evangelischen Kirchen und Freikirchen in die Tagespolitik zu zerren. Sie übernimmt es nur, in erster Linie Seelsorgern politische Informationen zu vermitteln, damit die auch in diesem Kreise gefährdete freie Meinungsbildung erhalten bleibt. Seit Jahren nimmt sich die CDU das Recht heraus, in der evangelischen Kirche eine Fülle offener und getarnter Druckerzeugnisse zu verbreiten. Von ihren engmaschigen Monopolstellungen im öffentlichen Leben hielt die "christliche" Einheitspartei das Nachrichtenmonopol im kirchlichen Raum für das sicherste. Diese überhabliche Annahme gipfelt in den Bamberger Bürgerkriegsparolen des CDU-Vorsitzenden, dass man auf keinen Fall die Sozialdemokraten regieren lassen werde, da die Bundesrepublik "christlich" bleiben müsse.

Auch dieses Monopol ist nun gebrochen. Die Wähler werden ein Übriges tun. Schon früher sind Stimmen aus der evangelischen Kirche laut geworden, die um Nachrichten über die politische Arbeit der sozialdemokratischen Partei baten.

Jetzt ist aus ernster Sorge über den fortgesetzten Missbrauch der christlichen Bekenntnisse zu restaurativen politischen Zwecken die "Politische Verantwortung" entstanden. Ihre Beiträge von evangelischen Sozialdemokraten machen den von der CDU in Gewissenszwang genommenen evangelischen Christen klar, dass man als gläubiges Glied der Gemeinde selbstverständlich seinen festen politischen Standort bei einer Partei haben kann, deren Vergangenheit und Gegenwart den Beweis für Toleranz und demokratische Zuverlässigkeit bieten.

* * *

Das Echo

sp. "Der SPD-Kreisverband Kronach begrüsst es, dass aufrechte sozialdemokratische Staatsmänner es ablehnen, sich mit dem Herrn Bundeskanzler wegen seiner verletzenden und diffamierenden Äusserungen in Bamberg, Nürnberg und Passau an einen Tisch zu setzen". - Zahlreich sind die Entschliessungen, Briefe und Telegramme, die in den letzten Tagen beim Vorstand der SPD in Bonn zu den Wahlreden des Bundeskanzlers eingingen. In allen diesen Entschliessungen wird der Parteivorstand aufgefordert, der durch Bundeskanzler Adenauer Vorschub geleiteten Verwilderung des Wahlkampfes mit Energie entgegenzutreten. Der Entschluss der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, den Bundeskanzler zu meiden, wird allgemein begrüsst. Die Ministerpräsidenten selbst haben von zahlreichen Ortsvereinen der SPD und Persönlichkeiten Glückwunschtelegramme zu ihrem Entschluss erhalten.

Auch aus nichtsozialdemokratischen Kreisen sind beim SPD-Parteivorstand Briefe und Telegramme mit Protesten gegen die Reden Adenauers eingegangen. Mehrere Betriebsgruppen haben ihrem Abscheu gegenüber den Diffamierungen der SPD durch den Bundeskanzler Ausdruck gegeben. Eine Gruppe von evangelischen Pfarrern bezeichnete es in einem Schreiben an den Parteivorstand als ihre Verpflichtung, der durch den Bundeskanzler hervorgerufenen Verwilderung des Wahlkampfes Einhalt zu gebieten. Zahlreich sind auch Äusserungen aus Universitätskreisen, die die Ausfälle des Bundeskanzlers gegen die SPD mit den unqualifizierten Angriffen Adenauers auf die 18 Atomwissenschaftler in Verbindung zu bringen. In einem dieser Briefe heisst es: "Dieser Mann (Adenauer) hat jetzt in kurzer Zeit zweimal bewiesen, dass er kein Mass für die Dinge hat und bereit ist, jeden zu beschimpfen, der nicht seine Meinung teilt."

Interessant ist auch eine Äusserung des Bundesarbeitsministers Storch (CDU), der dieser Tage auf einer Presskonferenz in Mannheim von einer Stellungnahme zu der Nürnberger Äusserung des Bundeskanzlers befragt, antwortete: "Hierzu habe ich nichts zu sagen. Diese Äusserung habe nicht ich, sondern Dr. Adenauer gemacht. Er muss sie auch verantworten."

Ursachen als Wirkung der Folge

- x - "Die Welt" veröffentlichte in ihrer Spalte "ZU GUTER LETZT" einen Auszug aus dem "Bundesversorgungsblatt" mit folgender Definition:

"Eine Ursache kann nur gegeben sein, wenn eine Folge vorliegt, da sie ihrem Wesen nach erst mit der Folge entsteht. Mittelbare Folgen sind Folgen, unmittelbarer Folgen. Demzufolge kann eine mittelbare Ursächlichkeit nur bestehen, wenn eine unmittelbare Folge der Ursache zu weiteren Folgen geführt hat".

Wenn hier nicht die "Welt" flimmernden Druckzeilen während der Bundestagshitze zum Opfer gefallen ist, dann zumindest das "Bundesversorgungsblatt" der verschrobene Logik eines Juristen. So wäre also die Veröffentlichung in der "Welt" die mittelbare Folge der unmittelbaren Folge juristischer Logik. Aber versuchen wir einmal diese Definition in das praktische Leben zu übertragen.

Anspruch auf eine Kriegsentschädigung hat nach dieser Definition nur ein Geschädigter. Das ist klar. Es müsste jedoch eine Kriegsbeschädigung sein. Auch das ist klar. Es ist aber nicht wahr, dass ein Krieg erst daraus entsteht - als Ursache einer Folge - weil eine Kriegsbeschädigung entstanden ist. "Mittelbare Folgen sind Folgen unmittelbarer Folgen" - auch das ist logisch. Erst gibt es Krieg, die unmittelbare Folge ist, es wird geschossen, die mittelbare Folge: es kommen einige Leute als Helden mit zerschossenen Knochen nach Haus. Hier war die mittelbare Ursächlichkeit der Kriegsbeschädigung, dass der Gegner nicht nur mit faulen Tomaten geworfen, sondern ohne Rücksicht auf die Gesundheit seines Gegenüber mit Pulver und Blei operiert hat. Und das war wieder die unmittelbare Folge des Kriegsausbruchs. Wo aber diese unmittelbare Folge der Ursache noch zu weiteren Folgen geführt hat - vielleicht haben sich einige juristische Heimkrieger derweil mit solchen Definitionen beschäftigt - dürfte für die Beurteilung des entstandenen Schadens des Kriegsbeschädigten völlig uninteressant sein.

Interessant ist an dieser juristischen Konstruktion nur, dass sie die Ursache zu einer Wirkung der Folge macht - das ist ein Verbrechen gegen die Logik - ein Verbrechen aber gegenüber allen Anspruchsberechtigten ist es, ihnen solche verdrehten Konstruktionen vorzusetzen, aus denen sich selbst Juristen und Logiker erst nach stundenlangen Überlegungen herauszufinden vermögen. Aber solche Definitionen sind die mittelbare Folge der mittelbaren Ursächlichkeit, dass sich solche Juristen zu wenig mit der unmittelbaren Wirklichkeit beschäftigen.